

## Bagatellisierte Tierquälerei

Die Stiftung «Tier im Recht» verzeichnet einen neuen Rekord an durchgeführten Tierschutz-Strafverfahren – und fordert mehr Sorgfalt beim Strafvollzug.

SERAINA KOBLER

Die Nachricht klingt paradox: Tierschützer bewerten eine Verdreifachung von Tierschutzstrafverfahren in den letzten zehn Jahren als positiv. Gieri Bolliger, Geschäftsleiter der Stiftung «Tier im Recht», sagte am Donnerstag vor den Medien: «Erfreulich ist dies deshalb, weil die Fallzahlen nicht einen tatsächlichen Anstieg an Verstössen verzeichnen.» Viel eher seien dies das Resultat eines konsequenteren Vollzugs des strafrechtlichen Tierschutzes und somit ein Zeichen dafür, dass die Delikte ernst genommen würden.

Mangelhaft werde aber bewertet, dass sich die Verfolgung von Tieren in Kantonen stark unterscheidet. Besonders viele Verfahren liegen etwa aus dem Kanton St. Gallen und Zürich vor. Gemessen an der Bevölkerungszahl stammen die wenigsten Fälle aus dem Kanton Genéve. Das heisst aber nicht, dass dort weniger Tiere gequält, sondern einfach, dass die Delikte seltener verfolgt werden.

### Datenbank für Transparenz

Eine Gruppe von Anwälten wertet jährlich sämtliche dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen gemeldeten Straffälle im Tier-



Gieri Bolliger  
Geschäftsführer  
«Tier im Recht»

schutz aus. Gesammelt werden die Fälle in einer Datenbank, die zu mehr Transparenz führen und die Behörden dazu animieren soll, Tierschutzdelikte ernst zu nehmen. Insgesamt 1998 Strafverfahren zum Tierschutz wurden im letzten Jahr in der ganzen Schweiz geführt – wieder ein Spitzenwert. Potenzial zur Verbesserung gebe es genug, sagte Nora Flückiger, rechtswissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung «Tier im Recht».

Teilweise setzen sich die Strafbehörden über gesetzliche Bestimmungen hinweg und ignorieren klare Vorgaben der Tierschutzverordnung. Die Behörden begründeten ihr Vorgehen damit, dass die Beeinträchtigung des Tierwohls nicht erheblich sei oder dass die betreffende (gesetzeswidrige) Haltungsmassnahme der Praxis entspreche.

### Spezialisierte Strukturen helfen

Auch die Abgrenzung zwischen Tierquälereien und übrigen Widerhandlungen bereitet oftmals Mühe. Deshalb müsse sorgfältiger und konsequenter gearbeitet werden. Weiter würden sich die Strafbehörden auch in schweren Fällen mit der Trennung von Fahrlässigkeit und Vorsatz schwertun. So wurde ein Beschuldiger in einem Entscheid aus dem Kanton Bern lediglich aufgrund eines fahrlässigen Vergehens bestraft, nachdem er seinen Hund bei einer Temperatur von 33 Grad über mehrere Stunden im Auto eingeschlossen gelassen hatte. Das Tier verendete schliesslich qualvoll.

Es zeige sich, sagt Flückiger weiter, dass besser gearbeitet werde, wo spezialisierte Strukturen vorhanden seien. In Zürich verfügt die Polizei über eine Spezialabteilung für Tier- und Umweltschutz. In St. Gallen ist ein spezialisierter Staatsanwalt für die Verfolgung zuständig. Wie im Vorjahr waren 2015 wieder Hund an häufigsten von Verfahren betroffen. Allerdings handelte es sich bei über 13 Prozent um Fälle, in denen die Tiere ungenügend beaufsichtigt wurden – und somit keine Gefährdung des Tierwohls vorhanden war.



Angehende Swisscoy-Soldaten während ihrer Ausbildung in der Kaserne Stans.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

# Bleiben, aber schrumpfen

Der Bundesrat will den Einsatz der Armee in Kosovo bis Ende 2020 fortführen

Seit siebzehn Jahren setzt sich die Schweizer Armee für Frieden in Kosovo ein. Die nun geplante Reduktion der Truppenbestände geht der SVP zu wenig weit.

MARC TRIBELHORN

Das Geschäft sorgte in der bundesrätlichen Sitzung vom Mittwoch offenbar für einige Turbulenzen: Soll sich die Schweiz auch in den kommenden Jahren mit Armeeangehörigen am seit 1999 dauernden Friedenseinsatz in Kosovo beteiligen? Und falls ja bis wann, wie und mit welchem Truppenbestand? Dem Vernehmen nach waren sich insbesondere Guy Parmelin und Ueli Maurer, der neue und der alte Verteidigungsminister, in diesen Fragen nicht ganz einig. Die entsprechende Botschaft zur Verlängerung der Schweizer Beteiligung an der multinationalen Kosovo Force (Kfor) wurde schliesslich erst nach textlichen Anpassungen und mit eintägiger Verspätung veröffentlicht. Das Resultat ist aber wenig überraschend: Der Bundesrat möchte den vom Parlament bis Ende 2017 mandatierten Einsatz der Swiss Company (Swisscoy) um drei Jahre verlängern, die im Westbalkan eingesetzte

militärische Manpower aber schrittweise anpassen. Der Maximalbestand von derzeit 235 Armeeangehörigen soll reduziert werden: bis im Oktober 2019 auf höchstens 190 Personen und bis im Dezember 2020 auf 165. Der Bundesrat begründet dies mit den sich wandelnden Bedürfnissen der Kfor. Waren nach Kriegsende 50 000 Soldaten in Kosovo stationiert, sind es derzeit noch gut 4600, da sich die politische Lage in den vergan-

## Lichterlöschchen wäre fatal

Kommentar auf Seite 11

genen Jahren deutlich beruhigt hat. Doch an ein Ende der militärischen Präsenz ist noch nicht zu denken, die Beziehungen zwischen der kosovo-albanischen Mehrheit und der kosovo-serbischen Minderheit bleiben angespannt (siehe Zusatz). Diese Einschätzung teilt auch der Bundesrat: Die Aufgabe der Kfor, für Stabilität zu sorgen, könne bis auf weiteres nicht von anderen Akteuren übernommen werden und sei zudem im sicherheitspolitischen Interesse der Schweiz – Stichwort Flüchtlingskrise.

Die Kosten des Kosovo-Einsatzes würden sich von derzeit rund 44 Millio-

nen Franken jährlich – je nach Personalbestand – auf neu 37 bzw. 33 Millionen belaufen. Die Informations- und Nachrichtenbeschaffung sowie der Lufttransport sollen trotz reduziertem Kontingent die Kernaufgaben der Swisscoy bleiben. Hingegen würden die Genie- und Logistikleistungen verringert. Weil Deutschland das Feldlager in Prizren, im Süden des Landes, auf Ende 2018 schliessen wird, müssen die dort stationierten Schweizer Einheiten verlegt werden. Falls deswegen ein neuer Standort erstellt werden sollte, möchte der Bundesrat die Möglichkeit haben, das Kontingent für eine beschränkte Zeit wieder mit bis zu 70 Armeeangehörigen aufzustocken. Zudem soll bis Ende 2018 geprüft werden, welche Mittel aus dem militärischen Einsatz künftig in die zivile Friedensförderung fliessen könnten.

Die bundesrätliche Botschaft wird nächstes Jahr im Parlament beraten. Opposition hat bereits die SVP angekündigt: Sie setzt sich für einen kompletten und möglichst raschen Abzug der Schweizer Truppen ein. Die Lage in Kosovo sei ruhig und stabil, Polizeikräfte seien inzwischen ausgebildet worden und der Einsatz der Swisscoy sei folglich nicht mehr nötig, wird argumentiert. Bei FDP, CVP und einem Grossteil der SP dürfte der Vorschlag des Bundesrats indes Zuspruch finden.

## Die Kfor – weiterhin notwendig

ahn. Belgrad · Braucht Kosovo 17 Jahre nach dem Ende des Krieges weiterhin einen militärisch bewaffneten Aufpasser? Die kurze Antwort lautet Ja. Nicht zufällig steht die Kfor als einzige internationale Mission sowohl bei der albanischen Mehrheit (90 Prozent) als auch bei der serbischen Minderheit (5 Prozent) in gutem Ansehen. Das unterscheidet sie von der Rechtsstaatlichkeitsmission der EU, die von beiden Volksgruppen als ineffizient betrachtet wird, und von der Uno-Mission, welche die Kosovo-Albaner als überflüssiges Relikt aus der Protektorszeit betrachten. Woher stammt die allgemeine Zustimmung zur Kfor?

Es stimmt zwar, dass die heftigsten innenpolitischen Konflikte seit Jahren innerhalb der albanischen Gemeinschaft stattfinden. Aber solange die Frage ungelöst ist, wie die Serben ins kosovarische Staatswesen eingebunden werden, kann ein Rückfall in interethnische Gewalt nicht ausgeschlossen werden. Das ist Grund genug für die Minderheit, ein starkes Interesse an der Fortführung der Kfor-Mission zu haben.

Das vor drei Jahren in Brüssel zwischen Pristina und Belgrad ausgehandelte Integrationsmodell einer «Gemeinschaft serbischer Gemeinden» (ZSO) ist kontrovers. Die beiden Regierungen interpretieren es unterschiedlich, die Opposition lehnt es rundweg ab. Ob und wie es umgesetzt wird, ist offen.

Aber auch die albanische Mehrheit hat angesichts der veränderten geopolitischen Lage ein Interesse an einer westlichen Militärpräsenz im Land. Russische «soft powers», über Medien, Parteien und Kirche verbreitet, findet in den serbischsprachigen Gebieten auf dem Balkan viel Resonanz. Und die Nichtwahl von Hillary Clinton, die als eine Freundin der Albaner gilt, war ein Schock für viele Kosovaren. Stärker als auch schon wird spürbar, dass Kosovos Staatlichkeit umstritten ist. Neben Serbien weigern sich fünf EU-Mitglieds-Länder, Kosovos Unabhängigkeit anzuerkennen, und eine starke Minderheit der Uno-Mitglieds-Länder lehnt sie ebenfalls ab. In diesem Kontext gilt die Kfor als Garant, dass niemand auch nur auf die Idee kommt, eigenmächtig Kosovo

Grenzen zu verändern.

Dabei ist die Bilanz des 17-jährigen Einsatzes der von der Nato geführten Truppe nicht nur positiv. Bei den zwei grössten Herausforderungen versagte sie: Nach ihrem Einmarsch und dem Abzug der jugoslawischen (serbischen) Armee kam es 1999 zu flächendeckenden Übergriffen und Racheakten an Serben, Roma und «verräterischen» Albanern. Die Kfor setzte der Gewaltwelle keinen wirksamen Widerstand entgegen. Fünf Jahre später, im März 2004, lösten Falschmeldungen pogromartige Ausschreitungen gegen Minderheiten aus. Auch diesmal blieb der Schutz durch die Kfor höchst unvollständig. Seither hat man allerdings dazugelernt. Ausbildung und Ausrüstung konzentrieren sich stärker auf den «unfriedlichen Ordnungsdienst», das heisst auf Einsätze gegen gewalttätige Demonstranten. Die Truppe hat auch ihren Nachrichtendienst verbessert. Sie sucht die Nähe zur Bevölkerung und zu deren formellen und informellen Eliten. Damit versucht sie, kritische Entwicklungen frühzeitig zu erkennen.

## HERAUSGEGRIFFEN

### Der Staat hilft der «Unterwelt»

Peter Jankovsky · In der Schweizer Basisdemokratie geht der Volkswille vor. Und dennoch, manchmal muss die Obrigkeit diesen missachten. Zu einem solchen staatspolitisch schmerzlichen Schritt sah sich kürzlich die Bündner Kantonsregierung gezwungen: Sie erliess kraft ihres Amtes für die Stadt Chur den Ukas, die Abwassergebühren auf Neujahr hin um 60 Rappen auf 1 Franken 35 pro Kubikmeter verbrauchten Wassers zu erhöhen.

Dreimal hatten die Churer die Erhöhung des Abwasser-Obolus an der Urne abgeschmettert. Aber der legitimen Abneigung gegen eine schwerere Gebührenlast steht eidgenössisches und kantonales Recht entgegen: Chur hätte notabene bis 2002 das Verursacherprinzip bei der Abwasserentsorgung einführen sollen, statt die Kosten weiterhin durch Steuermittel zu berappen. Denn diese erweisen sich als zu gering, um die marode «Unterwelt» der Bündner Kantonshauptstadt auf Vordermann zu bringen: Etliche Teile der Kanalisation stammen noch aus den Anfangszeiten ihrer Erstellung vor just 111 Jahren. Es fehlen zwei zusätzliche Millionen pro Jahr, die dank dem staatlichen Einschreiten bereitgestellt werden.

1905 sei noch nicht so lange her, und die alten Röhren neu auszukleiden, statt durch fabrikfrische zu ersetzen, sei billiger, mag so mancher Churer einwenden. Allerdings hält die Wirkung des kostengünstigeren Faceliftings der Unterwelt nicht so lange an; aus physikalischen Gründen droht eine Explosion der Renovationskosten, je länger man mit der Generalüberholung wartet.

Übrigens geht es nicht nur darum, überlichere Ausflüsse aus der Churer Unterwelt zu verhindern. Bei starkem Niederschlag und ähnlichen Naturereignissen neigen alte Kanäle nämlich zur Verstopfung. Zudem werden mit dem Abwasser-Obolus auch Regenrückhaltebecken saniert und neue gebaut – und eben Letzteres sei wegen Geldmangels nicht erfolgt, monieren Churs Stadtoberen laut der «Südoschwiz». Griffe also der Staat nicht zugunsten der Churer Unterwelt ein, müsste das Volk für seine Willensfreiheit unter Umständen einen ungemeinlich feuchten Preis bezahlen. Nämlich überflutete Keller.

## Siedlungsfläche nimmt zu

Wachstum auf Kosten des Landwirtschaftslands

(sda) · Im westlichen Teil der Schweiz hat die Siedlungsfläche in den letzten 33 Jahren um fast ein Drittel zugenommen. Das Wachstum erfolgte vor allem zulasten der Landwirtschaftsflächen, die um die ein- bis zweifache Grösse des Neuenburgersees zurückgingen. Die Ausdehnung der Siedlungsfläche entsprach pro Jahr der Fläche von über 1400 Fussballfeldern, wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Donnerstag in Neuenburg bekanntgab. Allerdings hat sich das Siedlungswachstum in den untersuchten acht Kantonen Freiburg, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Waadt, Neuenburg, Genéve und Jura abgeschwächt. Eine Ausnahme bildete der Kanton Freiburg, wo das Wachstum der Siedlungsflächen in den Jahren 2006 bis 2015 nach zwei Zeitintervallen mit einem Rückgang wieder leicht ansteigend ist.

Am stärksten abgenommen hat das Wachstum der Siedlungen im Kanton Jura. Das zweitkleinste Siedlungswachstum wies der Kanton Genéve auf. Im Kanton Basel-Stadt konnten sich die Siedlungsflächen in den 33 Jahren nicht mehr ausdehnen. Das Wachstum der Siedlungen ging hauptsächlich auf Kosten der Landwirtschaftsflächen, die pro Jahr um durchschnittlich 1100 Hektaren abgenommen haben. Innerhalb 33 Jahren gingen sie um 5,9 Prozent zurück.